

PUTINS VISION  
Erste Schritte

Wladimir Putin liebt den spektakulären Auftritt. So wie vor neun Jahren im Bundestag, als er an die historische Tiefe der deutsch-russischen Beziehungen erinnerte. Oder wie vor drei Jahren, als er auf der Münchener Sicherheitskonferenz vor einem neuen Kalten Krieg warnte. Eine Politik der vielen kleinen Schritte ist seine Sache nicht.

So ist es nicht weiter verwunderlich, dass der heimliche Kremlherr nun das Bild eines einheitlichen Wirtschaftsraums von Wladiwostok bis Lissabon in buntesten Farben malt, ohne auf Nuancen zu achten. Sicherlich: Deutschland wäre wahrscheinlich der erste und größte Profiteur des barrierefreien Handels mit dem weiten Osten. Was heute schon Siemens und der Baustoffkonzern Knauf praktizieren, könnte bald auch kleineren Mittelständlern gelingen. Das größte Land der Welt, das so dringend seine Infrastruktur sanieren müsste, wäre ein geradezu phantastischer Markt.

Doch so weit ist die Politik leider noch lange nicht. Die Visabestimmungen für Deutsche wurden erst vor wenigen Wochen leicht verschärft, und die Importzölle auf Autos sind unanständig hoch. In Moskau wird gern übersehen: Auch wer Großes will, muss mit einem ersten Schritt beginnen. Dazu gehört es, endlich eine seriöse und unabhängige Justiz zu schaffen, damit Investoren nicht länger der Willkür von Finanzbeamten, Bürgermeistern und Gouverneuren ausgesetzt sind. So mancher deutsche Unternehmer hat in Russland mehr Angst vor der Steuerpolizei als vor der Mafia.

Gleichwohl ist die Charmeoﬀensive Putins zu begrüßen. Ob der schlaue Fuchs dabei auch im Blick hat, Europa aus der engen transatlantischen Partnerschaft herauszulocken? Vielleicht. Aber das ist egal, solange der Westen seinen eigenen Werten treu bleibt.

STEFAN KOCH

ANDERE ANSICHTEN

Frankfurter Allgemeine

**zum Euro:**  
„In der Lage, in der sich die Euro-Zone und die EU derzeit befinden, wären Ruhe und Besonnenheit keine schlechten Verhaltensmaximen. Stattdessen dramatisieren die einen, wiegen andere ab, und wieder andere suchen nach Sündenböcken, besonders gern in Deutschland und bei der Bundesregierung. Aber Berlin ist nicht schuld an irischen Blasen, griechischer Überschuldung und daran, dass einige Euro-Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit mutwillig untergraben haben. Darauf hinzuweisen ist kein Beleg für deutsches Dominanzstreben. Im Gegenteil: Haushaltsdisziplin und ein zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell sind wesentlich für den Erfolg des Euro.“

ZUR PERSON



**Sarah Palin**, frühere US-Vizepräsidentenkandidatin, hat im Zusammenhang mit dem Korea-Konflikt einen peinlichen Ausrutscher hingelegt. Die USA müssten an der Seite „unserer nordkoreanischen Verbündeten“ stehen, erklärte die Galionsfigur der Ultrakonservativen in einem Radiointerview. Als der Moderator den Versprecher umgehend korrigierte, fügte Palin hinzu: „Genau, wir müssen auch vorsichtig sein und auf der Seite unserer südkoreanischen Verbündeten stehen.“ Palin hatte sich vor zwei Jahren zum Gespött gemacht, als sie zum Beleg ihrer außenpolitischen Kompetenz darauf hinwies, dass man von einer Insel ihres Heimatstaates Alaska aus russisches Territorium sehen könne. „Ich kann Russland von meinem Haus aus sehen“, ist seither zum geflügelten Wort in den USA geworden.

dapd/afp

Nordkorea droht mit neuen Granaten

Anhaltende Spannungen in der Region / Seoul wechselt Verteidigungsminister aus

VON BERNHARD BARTSCH

**Peking/Seoul.** Die politischen Spannungen in Ostasien nehmen zu: Zwei Tage nach dem tödlichen Gefecht an der innerkoreanischen Seegrenze hat Chinas Außenminister Yang Jiechi eine Reise nach Südkorea auf unbestimmte Zeit verschoben. Dabei standen bei dem Treffen unter anderem Beratungen zum Neustart der Sechsergespräche über das nordkoreanische Atomprogramm auf dem Programm. Angeblich habe es Terminprobleme gegeben, erklärte die südkoreanische Regierung. Wahrscheinlicher scheint jedoch, dass es zwischen Seoul und Peking zu tiefen Verstimmungen über den Umgang mit Nordkorea gekommen ist.

Nordkoreas Militär hatte am Dienstag die südkoreanische Insel Yeonpyeong unter Beschuss genommen und dabei zwei Soldaten sowie zwei Zivilisten getötet. Nach südkoreanischen Angaben feuerte Nordkorea mehr als 170 Geschosse ab. Davon seien 80 auf der nahe der Seegrenze im Gelben Meer liegenden Insel Yeonpyeong eingeschlagen. Nordkorea drohte am Donnerstag mit weiteren Angriffen auf den Süden, Seoul kündigte die Verstärkung seiner Truppen entlang der umstrittenen Seegrenze an. Die nordkoreanischen Streitkräfte ließen laut der amtlichen Nachrichtenagentur KCNA wissen, man sei „ohne Zögern bereit, starke zweite und dritte physische Vergeltungsschläge durchzuführen, sollten die südkoreanische Kriegstreiber weitere verwegene militärische Provokationen unternehmen“.

Nachdem Südkoreas Armee in der Öffentlichkeit für ihre zögerliche Reaktion kritisiert worden war, erklärte Verteidigungsminister Kim Tae-young am Donnerstag seinen Rücktritt. Präsident Lee Myung-bak will am Freitag einen Nachfolger ernennen. Gleichzeitig kündigte Lee einen „Paradigmenwechsel“ an, wonach die südkoreanische Armee ihre „eher passive“ Haltung aufgeben werde. Für Reaktionen auf Angriffe des Nordens sollen künftig neue Regeln gelten. Das Militär beantragte beim Parlament, den Verteidigungshaushalt für das kommende Jahr um 264 Milliarden Won (171 Millionen Euro) zu erhöhen. Damit soll unter anderem die Militärmacht auf fünf Inseln nahe der Grenze verstärkt werden.

Südkoreas Medien spekulierten derweil über Nordkoreas Motive für den plötzlichen Gewaltausbruch. Nordkorea hatte sich nach eigenen Angaben von einem südkoreanischen Marine-Manöver in der Nähe der umstrittenen Seegrenze provoziert gefühlt. Südkoreas Verteidigungsministerium erklärte dagegen, der Angriff habe die Autorität von Kim Jong-ils designiertem Nachfolger, seinem schätzungsweise 27-jährigen Sohn Kim Jong-un, stärken sollen. Die südkoreanische Zeitung „Joongang“ be-



Tränen und Bestürzung in Südkorea: Die Familienangehörige eines getöteten Soldaten weint in einem Militärkrankenhaus bei einer Trauerzeremonie bitterlich.

richtet unter Berufung auf Regierungskreise in Seoul, dass der Befehl direkt von Diktator Kim Jong-il gekommen sei. Die beiden Kims sollen außerdem kurz vor dem Beschuss den zuständigen General Kim Kyok-sik getroffen haben.

Südkorea fordert von China, Nordkoreas Aggression endlich offen zu verurteilen. Doch auch nach dem Angriff vom Dienstag lässt Peking sich nicht von seiner Strategie abbringen, auf jede öffentliche Bloßstellung seiner Verbündeten in Pjöngjang zu verzichten. Schon nach dem Abschluss des südkoreanischen Kriegsschiffes „Cheonan“, das im März nach Überzeugung internationaler Experten von einem nordkoreanischen Tor-

pedo getroffen wurde und mit 46 Matrosen an Bord unterging, hatte sich China um eine Schuldzuweisung gedrückt.

Trotzdem können die Chinesen mit dem Verhalten ihrer nordkoreanischen Verbündeten keineswegs zufrieden sein. Denn die Eskalation des Koreakonflikts gibt den USA einen Grund, ihre militärische Präsenz in der Region zu verstärken. Am Sonntag wollen die USA und Südkorea gemeinsam ein viertägiges Seemanöver im Gelben Meer starten, für das unter anderem der Flugzeugträger „USS George Washington“ ins Gelbe Meer verlegt wird.

Der chinesische Regierungschef Wen Jiabao rief am Donnerstag alle Beteilig-

ten zu „äußerster Zurückhaltung“ auf und warnte vor weiteren militärischen Provokationen. „China hat sich immer zur Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität auf der Koreanischen Halbinsel bekannt“, sagte Wen. „Die internationale Gemeinschaft sollte größere Anstrengungen unternehmen, um die Spannungen abzubauen“, zitierte die Nachrichtenagentur Xinhua den Regierungschef. Der beste Weg, um Stabilität und eine Koreanische Halbinsel ohne Atomwaffen zu erreichen, sei die Wiederaufnahme der Peking-er Sechsergespräche, an denen neben den beiden Koreas und China auch die USA, Japan und Russland teilnehmen.

Putin will Freihandel mit der EU

Merkel reagiert skeptisch – und verweist Russland auf einen WTO-Beitritt

**München/Berlin** (dpa/afp). Als eine Lehre aus der Weltwirtschaftskrise strebt Russland eine Freihandelszone mit der Europäischen Union an. Vor einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am heutigen Freitag plädierte Ministerpräsident Wladimir Putin in der „Süddeutschen Zeitung“ für eine „harmonische Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok“. Wörtlich heißt es in dem Beitrag: „In Zukunft kämen eventuell auch eine Freihandelszone, gar noch fortgeschrittenere wirtschaftliche Integrationsformen infrage.“ Notwendig sei zudem eine gemeinsame Industriepolitik. „Man soll es offen zugeben: Sowohl Russland als auch die EU erwiesen sich wirtschaftlich als recht anfällig. Dies wurde uns mit aller Deutlichkeit durch die Krise vor Augen geführt.“ Der russische Ministerpräsident wurde noch am Donnerstagabend in Deutschland erwartet.

Merkel reagierte skeptisch auf die russische Offerte: „Natürlich unterstützen

wir die Idee einer Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und Russland“, sagte die Kanzlerin am Donnerstag in Berlin. Allerdings wiesen „die Schritte, die Russland in letzter Zeit gegangen ist, nicht gerade in die richtige Richtung“. Zunächst müsse Russland Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) werden. Die Verhandlungen seien hier ziemlich weit fortgeschritten. Aber Russland habe nun eine Zollunion mit Weißrussland und Kasachstan gebildet. „Das erleichtert uns die Freihandelszone mit Russland und der EU nicht gerade“, sagte Merkel.

Allerdings teilte die EU-Kommission mit, dass die EU mit Moskau die Bedingungen eines WTO-Beitritts inzwischen ausgehandelt habe. Das rohstoffreiche Russland ist damit der WTO einen wesentlichen Schritt näher gekommen. Die



Wirtschaftliche Annäherung: Putin.

EU drängt Moskau seit Langem zum Beitritt in die WTO. Allerdings hat der Kreml bisher keine Eile gezeigt, weil vor allem große russische Energiekonzerne den heimischen Markt weiter abschoteln wollen.

Neben der Idee einer Freihandelszone schlug Putin eine abgestimmte Industriepolitik mit der EU vor. Sinnvoll seien strategische Allianzen beispielsweise beim Schiffs-, Auto- und Flugzeugbau, bei Weltraumtechnologien sowie in der Medizin- und Pharmaindustrie. „Es sei hinzugefügt, dass insgesamt der heutige Stand der Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU den Herausforderungen, welchen wir gegenüberstehen, eindeutig nicht entspricht“, schrieb der Premier. „Wir verfügen über moderne Technologien, Naturressourcen und Investitionskapital.“

EU-Haushalt bleibt umstritten

**Strasbourg** (afp). Im Streit um den EU-Haushalt für das kommende Jahr bleiben die Fronten verhärtet. Das Europaparlament bekräftigte am Donnerstag in einer Entscheidung seine Forderungen an den Rat, die bisher von mehreren EU-Staaten abgelehnt werden. Wenn es bis Jahresende keine Einigung gibt, erhält die EU ab Januar jeweils pro Monat ein Zwölftel des Haushalts 2010 – ohne jede Aufstockung. Wichtigen Vorhaben wie dem in Südfrankreich geplanten Versuchsreaktor Iter drohen damit Finanzierungsschwierigkeiten. Das Europaparlament sei bereit, den EU-Haushalt 2011 fristgerecht zu verabschieden, doch nur unter bestimmten Bedingungen, heißt es in der Entscheidung. Zum einen müsse die EU-Vollvertretung künftig in die Diskussionen über die mehrjährige Finanzplanung der EU einbezogen werden. Außerdem fordern die Euro-Abgeordneten eine Diskussion über neue Eigenmittel der EU, etwa in Form einer Gemeinschaftssteuer.

BLICKPUNKT FRIEDENSNOBELPREIS



Als „Krimineller“ abgestempelt: Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo.

Die Furcht vor dem Dalai-Lama-Effekt

Göttinger Forscher untersuchen Pekings Handelspolitik: Wer sich nicht wohlverhält, muss Einbußen hinnehmen

VON CHRISTIAN HOLZGREVE

**Hannover/Oslo.** Es gibt Dinge, die bringen das offizielle Peking immer wieder auf die Palme. Die Kritik von Dissidenten an der Regierungslinie zählt zum Beispiel dazu. Das wird immer wieder mit Hausarrest oder Gefängnis bestraft. Ein permanentes Ärgernis für die Kommunistische Partei ist auch der Dalai-Lama, das geistliche und politische Oberhaupt der Tibeter, der vom indischen Exil aus wirkt und durch die Welt reist. Oder eben der Friedensnobelpreis, der am 10. Dezember in Oslo verliehen werden soll und als Preisträger in diesem Jahr den chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo nennt.

Dessen Anreise werden Chinas Obere ebenso verhindern wie die Ausreise befreundeter Dissidenten, die die Ehefrau des frischgebackenen Nobelpreisträgers eingeladen hat. Und auch sie selbst steht in China derzeit unter Hausarrest. Liu Xiaobo war im Dezember 2009 wegen Untergrabung der Staatsgewalt zu elf Jahren Gefängnis verurteilt worden, nachdem er die Charta 08, einen Aufruf

zu politischen Reformen in China, mitverfasst hatte.

Während das Nobelpreiskomitee in Oslo die Linie vertritt, man werde – eines Tages – die Nobelpreismedaille an Xiaobo persönlich übergeben und dennoch am 10. Dezember eine Feier mit 1000 Gästen zelebrieren, müht sich Chinas Diplomatie nach Kräften, die Zahl der diplomatischen Vertreter bei diesem Ereignis möglichst klein zu halten.

Schon haben die Botschaften Russlands, des Irans, Marokkos, Kubas und Kasachstans Absagen an die Veranstalter geschickt. Und es gehört nicht viel Phantasie dazu, dieses Verhalten als vorausseilenden Gehorsam oder als Folge chinesischen Drucks zu interpretieren. Viele Staaten, darunter die USA und zahlreiche europäische Länder, werden dennoch offizielle Vertreter zu der Gala nach Oslo entsenden, wieder andere haben sich noch Bedenkzeit ausgebenen.

Seit China in diesem Jahrtausend zu einem der mächtigsten Länder der Welt aufgestiegen ist, bleibt die Drohung mit Konsequenzen kein hohles Versprechen mehr. Seit Jahren schon verurteilt die

autoritäre chinesische KP jedes offizielle Treffen mit dem Dalai-Lama, Begegnungen des tibetischen Oberhauptes mit Staats- und Regierungschefs sind aus Pekingers Perspektive geradezu ein Frevel.

Dass es nicht nur bei Protestnoten aus Peking bleibt, haben jetzt zwei Göttinger Volkswirte in einer bemerkenswerten Studie herausgefunden. Das Ergebnis: Es gibt den Dalai-Lama-Effekt. Seit Hu Jintao im Jahr 2002 die Parteiführung in China übernahm, „ist der Handel ein Mittel der chinesischen Außenpolitik geworden“, sagt Autor Andreas Fuchs. Ein Jahr lang haben er und Mitautor Nils-Hendrik Klann die Reiserouten des Dalai-Lama mit statistischem Material der Vereinten Nationen für 159 Länder abgeglichen. Ein Ergebnis: Immer dann, wenn Staats- und Regierungschefs den Dalai-Lama empfangen, brach anschließend der Export nach China um durchschnittlich 8,1 Prozent ein.

Dieser Effekt ließ sich zwei Jahre lang und für den Fall von Begegnungen mit höchsten Repräsentanten nachweisen, auf niedrigerer Regierungsebene dagegen nicht. Die Forscher bieten zwei Er-

klärungen für dieses Phänomen an: Erstens steht der chinesische Handel „unter direkter Kontrolle der Regierung, der Einfluss ist viel größer als in einer westlichen Demokratie“, sagt Fuchs. Und zweitens könne der Einbruch auch durch „verändertes, bewusstes Konsumentenverhalten entstehen, wenn weniger Produkte aus China gekauft werden“. Zum Dalai-Lama-Effekt zählt für Peking dabei auch, dass in vielen Ländern dann diskutiert wird, ob es klug ist, den Dalai-Lama zu empfangen.

So gibt es – wie die Absagen von Botschaftern zeigen – auch bei der Nobelpreis-Gala in Oslo einen leichten Dalai-Lama-Effekt, weil China mit den Muskeln spielt und den Menschenrechtler Xiaobo als „verurteilten Kriminellen“ weltweit verächtlich macht.

Fuchs, der 28-jährige wissenschaftliche Mitarbeiter an der Uni Göttingen, hat für die Staatengemeinschaft und besonders die EU noch einen Tipp parat: „Ich rate zu einer diplomatischen Koordinierung. Das nimmt Peking die Möglichkeit, einzelne Länder gegeneinander auszuspielen.“

AUSLAND

Russland lässt Nato durch

**Moskau:** Russland erlaubt der Nato, auch gepanzerte Fahrzeuge über sein Territorium nach Afghanistan zu schicken. Dies sei Teil eines neuen Kooperationsabkommens mit dem Bündnis, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Donnerstag in Moskau. Russlands Nato-Botschafter Dmitri Rogosin stellte klar, dass es „um Fahrzeuge mit verstärktem Anti-Minen-Schutz“ gehe, die „in erster Linie ziviles Personal transportieren“. Bisher hatte Russland der Nato nur den Transport von zivilen Gütern erlaubt. Am Wochenende hatten beide Seiten aber vereinbart, den Umfang des Transits nach Afghanistan auszuweiten. afp

Streiks weiten sich aus

**Athen:** Die Streiks in Griechenland weiten sich aus. Auch die Beamten sowie die Bus- und U-Bahn-Fahrer in Athen legten am Donnerstag ihre Arbeit für einige Stunden nieder. Den dritten Tag in Folge brachten die Seeleute den Fährverkehr zum Erliegen. Viele Inseln, die keinen Flughafen haben, waren von der Außenwelt abgeschnitten. Die Gewerkschaft der Seeleute teilte mit, der Streik werde bis zum heutigen Freitag fortgesetzt. Möglicherweise werde der Ausstand sogar um weitere 48 Stunden verlängert. Reisende mussten auf Flugzeuge ausweichen oder harrten in Hotels in der Hafenstadt Piräus aus. dpa

Auschwitz-Diebe vor Gericht

**Warschau:** Knapp ein Jahr nach dem Diebstahl des Schriftzuges „Arbeit macht frei“ aus der Gedenkstätte Auschwitz ist gegen den als Drahtzieher verdächtigten Schweden Anders Högström Anklage erhoben worden. Auch zwei seiner polnischen Komplizen müssen auf die Anklagebank. Högström habe die Tat gestanden und ausführlich ausgesagt, berichtete die polnische Nachrichtenagentur PAP. Der Angeklagte soll sich mit der Staatsanwaltschaft auf eine Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten geeinigt haben. Högström war im April an Polen ausgeliefert worden. Er soll die Strafe in seinem Heimatland absitzen. dpa

Maliki soll Irak regieren

**Bagdad:** Mit dem erneuten Regierungsauftrag an Ministerpräsident Nuri al-Maliki steht der Irak vor dem Ende einer mehr als acht Monate dauernden politischen Hängepartie. Staatschef Dschalal Talabani betraute Maliki am Donnerstag offiziell mit der Bildung eines neuen Kabinetts, wie das Staatsfernsehen berichtete. Maliki hat für die Aufgabe 30 Tage Zeit. Die Parlamentswahl Anfang März hatte keinem politischen Lager eine ausreichende Mehrheit verschafft. Malikis Schiiten-Allianz hatte daher lange mit dem von Sunniten unterstützten Irakija-Bündnis gestritten, wer künftig die Regierung führen solle. afp

Freie Fahrt für Taiwan

**Brüssel:** Bürger Taiwans können ab 2011 ohne Visum nach Europa reisen. Die Visumpflicht für Reisen in die 25 Länder des Schengen-Raums wird aufgehoben, wie der Rat der Europäischen Union mitteilte. Dies gilt für Aufenthalte von bis zu 90 Tagen. Dem Schengen-Raum gehören Deutschland und weitere 21 EU-Länder sowie Norwegen, Island und die Schweiz an. Europäer können bereits jetzt ohne Visum nach Taiwan reisen. Die Visafreiheit wird umgesetzt, obwohl die EU Taiwan nicht als souveränen Staat anerkennt. Völkerrechtlich gehört Taiwan noch immer zu China. afp

Versöhnung in Kroatien

**Krnjak:** Die Staatsschefs von Serbien und Kroatien haben am Donnerstag ein Zeichen gegen noch immer bestehende Vorurteile und Feindseligkeiten zwischen den beiden ehemaligen Kriegsgegnern gesetzt. 15 Jahre nach Ende der blutigen Auseinandersetzungen besuchen der serbische Präsident Boris Tadic und sein Amtskollege Ivo Josipovic in Kroatien gemeinsam einige der einst hart umkämpften Gebiete. Von 1991 bis 1995 flüchteten mindestens 150 000 in Kroatien lebende Serben aus dem Land. Viele sind nach Kriegsende zurückgekehrt, andere klagen bis heute über Hemmnisse. dapd



Handel als politisches Instrument: Chinas Präsident Hu Jintao.